

„Nichts ist gut in Pakistan?“

Handlungsoptionen für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung –
am Beispiel Pakistan

Kurzbericht über das 21. Donnerstagsgespräch am 27. Januar 2011 in Berlin

In seinem Eingangsstatement betonte **Marvin Parvez**, Direktor von Church World Service Pakistan/Afghanistan, zunächst die großen sozialen Disparitäten, die bedrückende humanitäre Situation nach der Flutkatastrophe vom Sommer 2010 und das hohe Maß der Korruption bei Militär und Regierung. Schlüssel für alle weiteren Anstrengungen zu ziviler Krisenprävention sei die Zivilgesellschaft, mit der die internationale Gemeinschaft stärker zusammenarbeiten müsse. Stattdessen setze diese primär auf Regierung und Militär im Kampf gegen die Taliban. Er warnte vor der großen Gefahr, dass den Islamisten nur ein charismatischer Führer fehle, um die Macht übernehmen könnten.

Dr. Jochen Hippler vom Institut für Entwicklung und Frieden in Duisburg, machte deutlich, dass es in Pakistan für Krisenprävention bereits zu spät sei. Das Land befinde sich in einem Krieg, in dem heute mehr Opfer zu beklagen seien als in Afghanistan. Hauptproblem seien nicht die Taliban, sondern korrupte Eliten und der Legitimitätsverlust der Regierung. Die breite Masse der Bevölkerung traue weder der Regierung noch den Aufständischen. Es sei jedoch keine Alternative zu der korrupten Regierung zu erkennen. Er kritisierte den Mangel an politischem Willen der internationalen Gemeinschaft sowie das Fehlen einer umfassenden Analyse und einer „roadmap“ für zivile Konfliktbearbeitung.

MdB **Edelgard Bulmahn**, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Unterausschuss Zivile Krisenprävention und Vernetzte Sicherheit, nannte zunächst das Beispiel des Sudan als Erfolgsgeschichte für gelungene zivile Konfliktbearbeitung. Zivile Krisenprävention sei möglich, die jeweilige Zivilgesellschaft müsse dazu umfassend beteiligt werden, so Bulmahn. Sie kritisierte die von der Bundesregierung vorgenommene Mittelkürzung in diesem Bereich und mahnte eine kohärente Definition des Begriffs der vernetzten Sicherheit an. Ebenso müsse sich die Bundesregierung als Mitglied im UN-Sicherheitsrat für eine kohärente Politik der internationalen Staatengemeinschaft in Pakistan einsetzen, die auf zivile Prävention abziele.

Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD und Leitende Geistliche der Bremischen Evangelischen Kirche, **Renke Brahms**, erläuterte das kirchliche Leitbild des gerechten Friedens, für den langfristig gearbeitet werden müsse. Dieser sei nur in Kombination mit Gerechtigkeit möglich. Er verurteilte die Verfolgung religiöser Minderheiten und das Blasphemiegesetz in Pakistan. Er forderte die Einrichtung eines wirkungsvollen Frühwarnsystems und den erklären Willen, die Alarmsignale in politisches Handeln umzusetzen. Außerdem kritisierte er den von der Bundesregierung hergestellten Zusammenhang von ziviler Krisenprävention und vernetzter Sicherheit.

Für den Moderator, **Dr. Rainer Lucht** von der Diakonie Katastrophenhilfe in Stuttgart, stand zum Ende der Veranstaltung fest, dass die Diskussion der Komplexität der Konfliktsituation in Pakistan nicht umfassend gerecht werden konnte. Es wurde deutlich, dass die pakistanische Zivilgesellschaft äußerst heterogenen ist. Wichtige Impulse zur Bedeutung des zivilen Konfliktmanagements seien gegeben

worden. Auch und gerade in Pakistan seien zivile Initiativen heute wichtiger denn je.